

Forderungen  
des Deutschen  
LandFrauenverbandes  
zur Bundestagswahl 2017



## KONTAKT

Deutscher LandFrauenverband e. V. (dlv)

Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin

Telefon 030 - 2844 92910

Telefax 030 - 2844 92919

E-Mail [Info@LandFrauen.info](mailto:Info@LandFrauen.info)

Internet [www.LandFrauen.info](http://www.LandFrauen.info)

Februar 2017

<b>Einleitung</b> .....	<b>5</b>
<b>Frauen in Führung – Frauen in den Gremien</b> .....	<b>6</b>
<b>Familienpolitik</b> .....	<b>7</b>
<b>Arbeitsmarktpolitik</b> .....	<b>9</b>
Lohnlücke schließen und Erwerbstätigkeit von Frauen stärken!.....	9
Aufwertung der Fürsorgeberufe.....	9
Pflege im ländlichen Raum stärken!.....	10
<b>Alterssicherungspolitik</b> .....	<b>11</b>
Altersarmut von Frauen beseitigen/verhindern.....	11
Rentenversicherungspflicht für alle – auch für Selbstständige!.....	11
Gesetzlicher Krankenversicherungsschutz auch für Solo- und Teilzeitselbstständige!.....	12
Gleichstellung bei der Mütterrente!.....	12
<b>Ehrenamtpolitik</b> .....	<b>13</b>
Erhöhung der Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf.....	13
Aufwertung des Ehrenamts.....	13
Institutionelle Unterstützung für Vereine.....	14
Bundesweiter Bildungsurlaub.....	14
<b>Landwirtschaft</b> .....	<b>15</b>
Familienbetriebe als Rückgrat der Landwirtschaft in den ländlichen Räumen..	15
Agrarstatistische Erhebung.....	16
Erzeuger-Verbraucher-Dialog.....	17
Bildung und Ausbildung stärken.....	17
Welternährung.....	18
Tierwohl.....	19
<b>Verbraucherpolitik am Leitbild der mündigen Verbraucher/innen ausrichten ...</b>	<b>20</b>
Klarheit und Wahrheit bei Aufmachung und Kennzeichnung von Lebensmitteln....	20
Zu nachhaltigem Konsum durch Transparenz und Aufklärung befähigen.....	20

Ein Unterrichtsfach Alltags- und Lebensökonomie für alle .....	21
LandFrauen als externe Partner in der schulischen Ernährungs- und Verbraucherbildung unterstützen .....	21
Gesunde Verpflegung an Schulen und Kitas.....	21
<b>Zukunft der professionellen Hauswirtschaft sichern.....</b>	<b>22</b>
Den Ausbildungsberuf Hauswirtschafter/in an den Arbeitsmarkt anpassen..	22
Haushaltsnahe Dienstleistungen fördern .....	22
<b>Entwicklung der Ländlichen Räume .....</b>	<b>23</b>
Daseinsvorsorge und Infrastruktur – Nachhaltig anpacken, statt kurzfristig einsparen! .....	23
(Rückkehr-)Perspektiven für junge Frauen im ländlichen Raum schaffen – Abwanderung vermeiden!.....	24
Flüchtlings- und Integrationspolitik – Netzwerke stärken, Frauen schützen, Perspektiven öffnen.....	25
Studie zur Lebens- und Arbeitssituation von Frauen in der Stadt und auf dem Land.....	25
Ehrenamt 4.0 – digitale Zukunft der Vereine auf dem Land gestalten .....	26
Förderstrukturen modernisieren, Kommunen finanziell unterstützen .....	26
Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) geschlechtergerecht weiterentwickeln .....	26

Der Deutsche LandFrauenverband e.V. (dlv) ist der bundesweit größte Verband für Frauen, die auf dem Lande leben, und deren Familien. Ziel ist, die Lebensqualität und die Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum zu verbessern. Der dlv vertritt die politischen Interessen aller Frauen in ländlichen Regionen und den Berufsstand der Bäuerinnen. 500.000 Mitglieder, 12.000 Ortsvereine, 22 Landesverbände bilden zusammen ein starkes Netzwerk. Der Verband nutzt seine gesellschaftliche Kraft, um die soziale, wirtschaftliche und rechtliche Situation der Frauen zu verbessern. Präsidentin ist Brigitte Scherb. Die Geschäftsstelle des dlv ist in Berlin.

Bereits seit 2011 beschreitet der dlV einen neuen, besonderen Weg. Mit der Berliner Erklärung stellt sich der dlV an die Seite von fünf weiteren bundesweiten Frauenverbänden und einiger Parlamentarierinnen. Gemeinsam wird in den folgenden Jahren für eine Sache gestritten: Die Einführung einer Frauenquote in den Führungspositionen der deutschen Wirtschaft. Der dlV ist der Überzeugung, dass das Quotengesetz für mehr Frauen Veränderungen bewirken wird als nur für die rund 200 Frauen in den Aufsichtsräten der großen Wirtschaftsunternehmen. Es wird eine Sogwirkung auch auf andere Bereiche haben. Darüber hinaus können die Führungsfrauen in den Entscheidungspositionen für eine Veränderung der Arbeitskultur in unserem Land stehen, wovon dann Frauen auf allen Ebenen der Unternehmen profitieren. Der dlV engagiert sich zudem für mehr Frauen in den Gremien des ländlichen Raumes und in der Selbstverwaltung.

Der Deutsche LandFrauenverband e.V. (dlV) fordert:

- Die Pflicht zur Veröffentlichung von Fristen und Planungszielen gibt deutschen Unternehmen von nun an die Chance, Zielvorgaben selbst zu definieren und einzuhalten, um den Frauenanteil in Führungspositionen aktiv zu erhöhen. Wir raten dazu, hier auf deutliche Zeichen statt Ausreden und Null-Ziele zu setzen. Wir fordern die Umsetzung des Gesetzes zu prüfen und die Ergebnisse zu veröffentlichen. Sollten sich die Unternehmen nicht bewegen, muss sich die Politik für verbindlichere Quoten einsetzen.
- Im Zuge einer Modernisierung der Sozialversicherungswahlen fordern wir die Einführung einer Parität bei den Wahllisten. Wir fordern daher endlich die Umsetzung aus dem Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2013: „Wir wollen die Selbstverwaltung stärken und die Sozialwahlen modernisieren. (...) Durch geeignete Maßnahmen wollen wir erreichen, dass das repräsentative Verhältnis von Frauen und Männern in der Selbstverwaltung optimiert wird.“ Dabei weisen wir darauf hin, dass bereits im Jahr 2012 in dem Schlussbericht des Bundeswahlbeauftragten der Reformvorschlag zur Einführung einer Quote gemacht wurde.

Aktuell gibt es widersprüchliche Ansätze zwischen Beschäftigungs-, Wirtschafts- und Regionalpolitik. Darüber hinaus wird Familienpolitik oft nur nach den Kosten und Effekten bewertet. Die tatsächlichen Interessen von Familien bleiben dabei auf der Strecke. Familien brauchen aber ein auf ihre Bedürfnisse ausgerichtetes Arbeits- und Wohnumfeld, ein gesichertes Einkommen, Perspektiven für ihre Kinder und Zeit für das Miteinander. Familienpolitische Fördermaßnahmen nach dem Gießkannenprinzip greifen hier nicht. Notwendig ist deshalb eine zwischen den Ressorts abgestimmte Förderpolitik für Familien, die alle Wirtschafts- und Sozialpartner nach dem Prinzip des Gebens und Nehmens einbezieht.

Der Deutsche LandFrauenverband fordert:

- Die Instrumente der Familienförderung sind unübersichtlich und mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden. Dieser ist abzubauen.
- Die aktuelle Familienförderung ist widersprüchlich. Einerseits werden Anreize für die Erwerbsbeteiligung von Frauen gesetzt, andererseits ein Steuersystem aufrechterhalten, das die klassische Arbeitsteilung von Vätern und Müttern unterstützt. Diese Widersprüche sind aufzulösen.
- Eine Neuausrichtung in der Familienpolitik muss für die bisher gängigen Familienmodelle Bestandsschutz zusichern. Egal ob Ehegattensplitting, Familiensplitting oder Kindergeld: Politik muss deutlicher als bisher klarstellen, dass Familienförderung kein Geschenk des Staates ist, sondern unter anderem die verfassungsrechtlich legitimierte Steuerfreistellung des Kinderexistenzminimums absichert.
- Für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie braucht es staatliche Transferleistungen, die familienbedingte Arbeitszeitreduzierungen finanziell kompensieren und zeitlich befristete Sorge- und Pflegearbeit rentenrechtlich berücksichtigt.
- Qualitativ gute Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder sind bedarfsgerecht auszubauen. Die Angebote für über dreijährige Kinder müssen dauerhaft gewährleistet sein. Qualifiziertes Betreuungspersonal, am Bedarf der Eltern ausgerichtete Öffnungszeiten und die Beteiligung der Wirtschaft stehen hierbei auf der politischen Agenda. Neben dem Ausbau der Kindertageseinrichtungen

muss die Förderung von qualifizierten Tagesmüttern verbessert werden. Gerade für Eltern, deren Arbeitszeiten durch Schichtdienste beeinflusst werden oder für Familien im ländlichen Raum kann dies eine sinnvolle Variante sein.

- Die Ganztagesbetreuung der Schulkinder muss flächendeckend ausgebaut werden. Ohne Anschubfinanzierung durch den Bund wird der Ausbau auch in den kommenden vier Jahren unzureichend vorankommen.
- Schulen im ländlichen Raum müssen erhalten bleiben. Multifunktionales Bauen, jahrgangsübergreifende Bildungs- und Begegnungshäuser oder auch die Mobilität von Lehrkräften sind Ansätze die stärker gefördert und ausgebaut werden müssen.



## LOHNLÜCKE SCHLIEßEN UND ERWERBSTÄTIGKEIT VON FRAUEN STÄRKEN!

Frauen verdienen im Durchschnitt 21 Prozent weniger als Männer. Im ländlichen Raum ist diese Einkommenslücke sogar um zehn Prozentpunkte höher als in Ballungsgebieten.

Daher fordert der Deutsche LandFrauenverband:

- Durchsetzen gesetzlich verankerter Lohntransparenz
- Flexible Teilzeitregelungen, garantiertes Rückkehrrecht in Vollzeitstellen
- Minijob darf nur als Einstiegshilfe aus der Erwerbslosigkeit verstanden werden und keine dauerhafte Form der Beschäftigung darstellen
- Sensibilisierungsmaßnahmen zu Geschlechterstereotypen in der Berufswahl

## AUFWERTUNG DER FÜRSORGERBERUFE

Frauen, die überwiegend im Gesundheits-, Pflege- und Sozialwesen sowie im Bereich Erziehung und Unterricht tätig sind, erfahren oft nicht die gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung, die sie verdienen. Fürsorgearbeit ist Zukunftsarbeit. Begründet durch den demografischen Wandel müssen wir schon heute die Ausbildung und die Zahl der Fachkräfte von Morgen sicherstellen. Die Ausbildung im Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich muss qualitativ und quantitativ den Ansprüchen an eine verlässliche Fürsorgearbeit entsprechen. So fordert der Deutsche LandFrauenverband:

- Die Aufwertung der Entlohnung von Beschäftigten in den Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufen analog zu „typischen Männerberufen“
- Dem prognostizierten Fachkräftemangel nachhaltig und konzeptionell entgegenwirken
- Bereits die Ausbildung vergüten und Schulgeld abschaffen
- Die Ausbildung so reformieren, dass die qualitativen Standards an Gesundheits- und Pflegeberufe nicht geopfert werden und die spätere Durchlässigkeit und Flexibilität innerhalb der Berufsgruppen ermöglicht wird

- Teil guter Rahmenbedingungen sind Aufstiegs- und Karrierechancen, die heute unumgänglich sind, um ein Berufsbild attraktiv für junge Menschen zu machen und ihnen langfristige Perspektiven zu eröffnen

Nur durch die Umsetzung dieser Forderungen ist es möglich, erwerbstätigen Frauen in der Fürsorge die ökonomische Unabhängigkeit im Arbeitsleben und später die eigenständige Existenzsicherung im Rentenalter zu ermöglichen. Die entstehenden Mehrkosten dieser notwendigen Reformen und Anpassungen dürfen nicht allein von den Leistungsempfängern getragen werden, sondern müssen als staatliche Aufgabe aus Steuermitteln sichergestellt werden.

## PFLEGE IM LÄNDLICHEN RAUM STÄRKEN!

Die Pflege eines Angehörigen im ländlichen Raum darf nicht an den Voraussetzungen scheitern, weil Pflegedienste oder Beratungsstellen fehlen. Ältere Menschen haben ein Recht auf einen wohnortnahen Pflegeplatz. Der Deutsche LandFrauenverband fordert:

- Anhebung der Wegegebühren bei erhöhtem Fahraufwand der Pflegedienste
- Festlegen eines verbindlichen Personalschlüssels in der Fürsorgearbeit
- Regelmäßige Anpassung der Pflegevergütungen an steigende Personal- und Sachkosten
- Aufbau von Netzwerken und Schaffung von flächendeckenden Beratungsstellen
- Maßnahmen zur Zusatzqualifizierung und Weiterbildung für Angehörige und ehrenamtlich Engagierte ermöglichen, anerkennen und finanziell würdigen
- Unterstützung von alternativen Wohnformen im ländlichen Raum
- zu beobachten, wie sich die Pflegestärkungsgesetze auf die Betroffenen auswirken.

Die Erwerbsbiografien von Frauen sind Abbild der veränderten Arbeitswelt. Die traditionellen sozialen Systeme zur Alterssicherung fangen diesen Wandel nur bedingt auf. Die wachsende Beschäftigungsrate von Frauen ist positiv, aber nicht zwingend folgen daraus eigene Rentenanwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung. Besonders für selbstständige Frauen mit geringem Einkommen sind Altersvorsorgeaufwendungen eine hohe finanzielle Belastung. Viele setzen deshalb andere Prioritäten, versäumen private Vorsorge bzw. suchen nach Wegen der Befreiung aus den Pflichtversicherungen. Damit wächst die Gefahr der Altersarmut, insbesondere dann, wenn das Partnereinkommen ebenfalls niedrig ist. Selbstständigkeit ist politisch gewollt. Gerade in ländlichen Regionen fördern viele Projekte die Aufnahme selbstständiger Tätigkeiten. Dahinter steht die Doppelstrategie: Arbeit in die Dörfer holen und gleichzeitig die Potenziale für die Grundversorgung und den Erhalt der ländlichen Infrastruktur nutzen. Kaum im Blickfeld der Politik ist dabei die Situation derjenigen, die nur geringes Einkommen erwirtschaften.

Der Deutsche LandFrauenverband fordert eine Rentenpolitik, die die Rentenperspektiven von Frauen und Selbstständigen stärker in den Blick nimmt und sich als Fundament für eine lebensstandardsichernde Altersvorsorge aller Menschen versteht.

### ALTERSARMUT VON FRAUEN BESEITIGEN/VERHINDERN

- Rentenlücke zwischen Frauen und Männern gezielt abbauen
- Erziehungs- und Pflegezeiten von Frauen rentenrechtlich anerkennen

### RENTENVERSICHERUNGSPFLICHT FÜR ALLE – AUCH FÜR SELBSTSTÄNDIGE!

- Einführung einer Rentenversicherungspflicht für alle Erwerbstätigen
- Selbstständige in die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Rentenversicherung einbeziehen
- Beitragserleichterungen im Gründungsjahr, um Selbstständige zu entlasten

## GESETZLICHER KRANKENVERSICHERUNGSSCHUTZ AUCH FÜR SOLO- UND TEILZEITSELBSTSTÄNDIGE!

- Absenkung des Mindestbeitrages in der gesetzlichen Krankenversicherung
- Selbstständige sollen wie Arbeitnehmer solidarische Beiträge in direkter Abhängigkeit zum Einkommen zahlen

## GLEICHSTELLUNG BEI DER MÜTTERRENTE!

- Gleicher Rentenanspruch für alle Mütter
- Gesamtgesellschaftliche Finanzierung statt einseitiger Belastung der Beitragszahler

Freiwilliges Engagement ist eine wertvolle Ressource. In ländlichen Räumen profitieren Bewohner, Kommunen und Unternehmen gleichermaßen von einer lebendigen Vereinsstruktur. Vereine stehen vor strukturellen Herausforderungen: der demografische Wandel macht sich in Mitgliederzahlen und Mitgliederstrukturen bemerkbar und den heutigen Lebensmodellen fehlt es an Freiraum für zeitintensive Ehrenämter. Gleichzeitig fordert der Staat ein höheres bürgerschaftliches Engagement und überträgt Aufgaben des Wohlfahrtsstaates an die Zivilgesellschaft.

## ERHÖHUNG DER VEREINBARKEIT VON EHRENAMT UND BERUF

Vielen Frauen fällt es schwer, Familie, Beruf und Ehrenamt zu vereinbaren. Vorstandsarbeit ist zeitintensiv. Starre Arbeitszeiten und die Abhängigkeit vom Wohlwollen des Arbeitgebers erschweren die Übernahme eines ehrenamtlichen Engagements.

Der Deutsche LandFrauenverband fordert:

- Anrecht auf bezahlte und unbezahlte Freistellungen von der Arbeit für Ehrenamtsarbeit
- Rückkehrrecht in den Job (nach Wahrnehmung von Führungsaufgaben im Verband)

## AUFWERTUNG DES EHRENAMTS

Der Beteiligungsgrad finanziell benachteiligter Bürger ist weiterhin gering. An dem Mehrwert, den freiwillig geleistete Dienste für die Gesellschaft schaffen, müssen auch die Leistenden selbst teilhaben. Dabei geht es um Respekt und auch um Anerkennung finanzieller Natur. Wer sich engagiert, soll entlastet und nicht zusätzlich mit Kosten belastet werden.

Deshalb fordert der Deutsche LandFrauenverband:

- Anerkennung durch Anhebung des Ehrenamtsfreibetrages für Vorstandsvergütungen

- Entschädigungen für Fahrtkosten und Arbeitsausfälle
- Anerkennung in Form von zusätzlichen Rentenpunkten

## INSTITUTIONELLE UNTERSTÜTZUNG FÜR VEREINE

Bürokratie, Abgaben- und Steuerregelungen und Ordnungsvorschriften belasten Vereine. Es fehlt an finanzieller und personeller Ausstattung, um dieses Wissen im Hauptamt vorzuhalten. Gleichzeitig ist das Know-how der Vereine als Interessenvertreter von gesellschaftlichen Gruppen bei politischen Entscheidungsprozessen bis hin zu Gesetzgebungsverfahren gefragt. Für eine Verständigung auf Augenhöhe zwischen den Verbandsspitzen und ihrem Gegenüber in Behörden, Politik und Wirtschaft sind Professionalität auf beiden Seiten und unterstützende Strukturen zwingend notwendig.

Der Deutsche LandFrauenverband fordert:

- Kommunale oder regionale Unterstützungsbüros, die Vereinen kostenfreie Beratung in finanziellen, steuer- und verwaltungsrechtlichen Fragen bieten
- Qualifizierungsprogramme für potentielle Führungskräfte
- Förderprogramme/Richtlinien zur Förderung ehrenamtlichen Engagements/Qualifizierung von Frauen für Führungspositionen in Frauenvereinen und -verbänden

## BUNDESWEITER BILDUNGSURLAUB

Der Weiterbildungsbedarf der Mitglieder ist in den vergangenen Jahren durch die Professionalisierung der Verbandsarbeit gestiegen. Wer an einer Verbandsklausurtagung teilnimmt, erhält neue Impulse für die Verbandsarbeit und kann dieses neue Wissen an die Untergliederungen weitergeben.

Der Deutsche LandFrauenverband fordert:

- Bundesweiten Bildungsurlaub auch für Tätigkeiten innerhalb des Verbandes
- Bundesweiten Bildungsurlaub auch für innerverbandliche Weiterbildungen

Für eine lebendige und lebenswerte Region ist die Landwirtschaft unabdingbar. Ihr werden umfassende Funktionen für die Gesellschaft und die ländlichen Räume zugeschrieben. Die Landwirtschaft zeichnet sich durch ihr vielfältiges Erscheinungsbild aus, das es auch zukünftig zu bewahren gilt. Hierzu ist Akzeptanz von allen Seiten gefordert. Die nachhaltige Form der Landwirtschaft ist so zu gestalten, dass sie von der Gesellschaft angenommen wird. Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, müssen respektieren, dass ihr Handeln kritisch hinterfragt wird. Dabei ist es wichtig, dass sich Landwirte der gesellschaftlichen Debatte stellen und transparent und auf Augenhöhe mit Verbrauchern kommunizieren. Dadurch kann eine gegenseitige Akzeptanz auf allen Ebenen geschaffen werden.

Es ist wichtig, dass wir als selbstbewusste Unternehmer Kritik und Skandale als Chance nutzen, das eigene Verhalten zu reflektieren und mögliche Fehlentwicklungen zu überdenken und abzustellen. Sich zu Fehlern zu bekennen und aus Fehlern lernen, schafft Vertrauen und Akzeptanz.

Es ist aber genauso wichtig, deutlich zu machen, dass wir als landwirtschaftliche Unternehmen unsere Verantwortung wahrnehmen. Und zwar für uns selbst, unsere Mitarbeiter und Familien, für unsere Betriebe, die Produkte die wir darauf erzeugen, für unsere Umwelt und die Gesellschaft und nicht zuletzt für die nachfolgende Generation. Das tun wir vielfach und in der Regel gut. Wir müssen es nur noch besser kommunizieren.

## FAMILIENBETRIEBE ALS RÜCKGRAT DER LANDWIRTSCHAFT IN DEN LÄNDLICHEN RÄUMEN

Der dlV ist sich sicher, dass Deutschland auch in Zukunft eine starke und gut aufgestellte Landwirtschaft benötigt. Die Landwirtschaft ist darauf angewiesen, Erzeugnisse für den nationalen und globalen Markt zu produzieren, um Einkommen zu generieren und Arbeitsplätze zu sichern. Somit ist die Landwirtschaft das Rückgrat der ländlichen Räume und sie bedeutet Zukunft für das ganze Land. Denn die Landwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen ist nach wie vor einer der bedeutendsten

Wirtschaftsbereiche in diesem Land bzgl. Produktion, Schaffung von Arbeitsplätzen und Bruttowertschöpfung. Dennoch haben Landwirte und Landwirtinnen eine wirtschaftliche Sonderstellung: sie sind Unternehmer und Dienstleister für die Gesellschaft.

- Der Erhalt einer flächendeckenden und multifunktionalen Landwirtschaft in den ländlichen Räumen ist absolut notwendig.
- Wirtschaftliche Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass durch diese eine Unterstützung des landwirtschaftlichen Unternehmertums gewährleistet wird.
- Individuelle Entwicklungsmöglichkeiten für Betriebe müssen gegeben sein.
- Die Wirtschaftskraft muss in den ländlichen Räumen langfristig gebunden werden.
- Eine nachhaltige Erschließung der Absatzwege im In- und Ausland durch die Politik ist notwendig.

## AGRARSTATISTISCHE ERHEBUNG

Die statistische Erhebung wichtiger Kennzahlen dient zur realistischen Einschätzung des Wertschöpfungspotentials verschiedener landwirtschaftlicher Wirtschaftsbereiche. Daneben stellt die Agrarstatistik oftmals die Grundlage zur politischen Entscheidungsfindung dar. Somit ist eine umfassende Aufbereitung der Datensätze zwingend notwendig.

Der Deutsche LandFrauenverband fordert:

- Aus der agrarstatistischen Erhebung muss entnommen werden können, welches Wirtschaftspotenzial in den verschiedenen landwirtschaftlichen Betriebszweigen steckt. Dafür müssen auch die einzelnen Betriebszweige klar voneinander abgegrenzt und entsprechend definiert werden.
- Die Statistik muss realistisch darstellen, wie sich Betriebseinkommen heute zusammensetzen und den politischen Handlungsbedarf mit Zahlen und Fakten belegen.
- Die Leistungen der Frauen in der Landwirtschaft müssen von der statistischen Erhebung erfasst werden. Für eine fachlich fundierte Argumentation der besonderen Stellung dieser Unternehmerinnen in der Arbeitswelt müssen aus der Agrarstatistik aktuelle Zahlen entnommen werden können.



## ERZEUGER-VERBRAUCHER-DIALOG

In den letzten Jahren ist dem Wunsch nach mehr Transparenz in der Lebensmittelkette durch verschiedenste Maßnahmen Rechnung getragen worden. Nur im Dialog kann Vertrauen und Akzeptanz entstehen und damit die landwirtschaftliche Produktion in der Mitte der Gesellschaft verankert bleiben. LandFrauen und besonders die Bäuerinnen unter ihnen übernehmen bei dieser Aufgabe Verantwortung.

- Es muss ein konstruktiver gesellschaftspolitischer Dialog für die Kommunikation zwischen Erzeugern und Verbrauchern geschaffen werden.
- Dabei vereint das Bild der Landwirtschaft moderne Produktionsmethoden, betriebswirtschaftliches Denken und Innovationen mit nachhaltiger Erzeugung.
- Die Kommunikationsschnittstellen zwischen Gesellschaft und Landwirtschaft können ideal von Landwirtinnen als Multiplikatorinnen besetzt werden.

## BILDUNG UND AUSBILDUNG STÄRKEN

Die deutsche Landwirtschaft ist eine moderne, hochtechnisierte, leistungsstarke und arbeitsteilige Branche. Auch in Zukunft werden hoch qualifizierte Arbeitskräfte benötigt. Daher ist es nötig, sowohl die Schulausbildung als auch die Berufs- und Universitätsausbildung entsprechend den hohen Ansprüchen auszugestalten und zu stärken.

- Die weitere Entwicklung und Förderung von Aus- und Weiterbildungsbereichen der Grünen Berufe muss auch zukünftig unterstützt werden. Dabei gilt es, die Schul- und Berufsausbildung entsprechend den hohen Ansprüchen an qualifizierten Arbeitskräften auszugestalten und zu stärken.
- In der universitären Lehre ist der Praxisanteil deutlich zu erhöhen. Einheiten in Form von Praxissemestern oder vorgeschalteter Lehre müssen verpflichtend sein, um die Verknüpfung zwischen wissenschaftlicher Bildung und praktischem Umsetzen im Bereich der Agrarwissenschaften zu stärken.

## WELTERNÄHRUNG

Laut aktuellem Welternährungsindex konnten zwar in den letzten Jahrzehnten deutliche Verbesserungen bei der Ernährungssicherung erreicht werden; mit heute 795 Millionen hungernden Menschen weltweit ist jedoch das 2. Ziel für nachhaltige Entwicklung, den Hunger bis zum Jahr 2030 zu beenden, noch weit entfernt. Angesichts des prognostizierten Bevölkerungswachstums von 9 Mrd. Menschen bis zum Jahr 2050 und immer knapper werdender natürlicher Ressourcen (vor allem Wasser und Land) kommen global große Herausforderungen auf die Landwirtschaft zu.

- Die Förderung einer effizienten und gleichzeitig nachhaltigen Landwirtschaft muss wieder mehr Gewicht in der Entwicklungspolitik bekommen.
- Die weltweit vielfältigen Rollen der Bäuerinnen müssen stärker berücksichtigt werden. Ein Zugang zum Wissen über Anbau und Vermarktung von heimischen Produkten muss diesen Frauen ermöglicht werden. Gleichzeitig sind die soziale Position und die rechtliche Situation der Frauen zu stärken, um diese in ihrem eigenen Unternehmertum zu unterstützen. Hierzu zählt auch die Zugangsmöglichkeit zu fairen Kreditangeboten. Zur Bewusstseinsbildung muss der Aufbau von berufsständischen Vereinigungen für Bäuerinnen vorangebracht werden.
- Eine Intensivierung der weltweiten Forschung nachhaltiger landwirtschaftlicher Anbaumethoden ist zu unterstützen. Gerade durch klimatische Veränderungen finden sich in der Pflanzenzüchtung und im Pflanzenanbau enorme Potentiale, um langfristig Ertragssteigerungen zu erzielen.

## TIERWOHL

Zum Thema Tierwohl fordert der dlV von der Politik eine Folgenabschätzung. Die Auswirkungen verschiedener landwirtschaftlicher Produktionsformen für die Bereiche Umwelt, Wirtschaft, Soziales und Gesellschaft müssen analysiert und verglichen werden. Die daraus resultierenden Ergebnisse müssen für Medien und Gesellschaft aufbereitet werden. Auf dieser Basis kann eine Diskussion darüber geführt werden, welche Form der Landwirtschaft sich der Verbraucher wirklich wünscht.

Das heißt auch, dass sich die Wünsche der Verbraucherinnen und Verbraucher an die Tierhaltung mit ihrem tatsächlichen Konsumverhalten decken müssen. Nur so können für Erzeuger und Verbraucher tragbare Wertschöpfungsketten aufgebaut werden.

# VERBRAUCHERPOLITIK AM LEITBILD DER MÜNDIGEN VERBRAUCHER/INNEN AUSRICHTEN

Der Deutsche LandFrauenverband richtet seine Arbeit in der Ernährungs- und Verbraucherpolitik am Leitbild einer mündigen und aufgeklärten Verbraucherschaft aus. Für fundierte Konsumententscheidungen sind eine umfassende Verbraucherinformation und Lebensmittelkennzeichnung unverlässlich, wie auch eine nachhaltig verankerte Ernährungs- und Verbraucherbildung an Schulen.

## KLARHEIT UND WAHRHEIT BEI AUFMACHUNG UND KENNZEICHNUNG VON LEBENSMITTELN

- Kennzeichnung regionaler Lebensmittel: Das Regionalfenster ist ein Schritt in die richtige Richtung. Der Bund muss Rahmenbedingungen für eine noch bessere Verbreitung schaffen. Die Notwendigkeit weiterer Regelungen bedarf einer Überprüfung.
- Lebensmittelwerbung mit nährwert- und gesundheitsbezogenen Angaben muss wahr und zutreffend sein.

## ZU NACHHALTIGEM KONSUM DURCH TRANSPARENZ UND AUFKLÄRUNG BEFÄHIGEN

- Nachhaltigkeitsauslobungen und Nachhaltigkeitssiegel: Die Vielzahl und Unübersichtlichkeit an Kennzeichen ist ein Problem, das noch überwunden werden muss. Hier sieht der dlV die Bundespolitik mit in der Verantwortung, Lösungen zu entwickeln.
- Lebensmittelverschwendung:  
Der Bund muss weiter an dem Ziel zur Reduzierung von Lebensmittelabfall um die Hälfte bis 2030 festhalten und auf EU-Ebene seinen Einfluss geltend machen.

## EIN UNTERRICHTSFACH ALLTAGS- UND LEBENSÖKONOMIE FÜR ALLE

- Unterstützung der Bundesländer bei der Verankerung von Alltagskompetenzen an allen allgemeinbildenden Schulen durch den Bund.
- Jedes Kind sollte im Laufe seiner Schullaufbahn einen landwirtschaftlichen Betrieb besucht haben.

## LANDFRAUEN ALS EXTERNE PARTNER IN DER SCHULISCHEN ERNÄHRUNGS- UND VERBRAUCHERBILDUNG UNTERSTÜTZEN

- Die Arbeit der LandFrauen in der schulischen Ernährungs- und Verbraucherbildung muss weiterhin ihre notwendige finanzielle und ideelle Unterstützung erhalten.

## GESUNDE VERPFLEGUNG AN SCHULEN UND KITAS

- Verstetigung und Ausbau der Förderung durch den Bund.
- Gesetzlich verankerte und verpflichtende Zertifizierung der Verpflegungsanbieter auf Grundlage der DGE-Qualitätsstandards in Kitas und Schulen.
- Absenkung der Mehrwertsteuer auf Schul- und Kitaessen von 19 auf 7 Prozent. Vereinheitlichung der Besteuerung der Verpflegungsanbieter.

Es gibt in der Bevölkerung einen wachsenden Bedarf nach hauswirtschaftlichen Dienstleistungen. Längst nicht immer werden diese im Rahmen von legaler Beschäftigung nachgefragt. Damit einhergehend fehlt die gesellschaftliche Anerkennung für hauswirtschaftliche Fachkräfte. Die letzte Reform des Ausbildungsberufes Hauswirtschafter/in liegt bereits 15 Jahre zurück.

## DEN AUSBILDUNGSBERUF HAUSWIRTSCHAFTER/IN AN DEN ARBEITSMARKT ANPASSEN

Der dlv fordert – nach Einigung der Tarifpartner – eine zügige Einleitung des Novelierungsverfahrens durch die zuständigen Bundesministerien (Anm.: Erfolgt evtl. im ersten Halbjahr 2017).

## HAUSHALTSNAHE DIENSTLEISTUNGEN FÖRDERN

- Politik muss dem wachsenden Bedarf an sozialen und haushaltsnahen Dienstleistungen Rechnung tragen, indem sie u.a. Existenzgründungen in diesem Bereich fördert und marktunterstützende Maßnahmen ergreift (z.B. durch Einführung des Belgischen Modells).
- Bereitstellung von Bundesmitteln für Kampagnen für eine Verbesserung des Images der Dienstleistungen und der dazugehörigen Berufe.

LandFrauen sind Mitgestalter des sozialen und politischen Lebens auf dem Land. Ihr Interesse gilt einer zukunftsorientierten Entwicklung und lebendigen Gemeinschaft in den ländlichen Räumen. Der dlV setzt sich für ein Bleiben und Wiederkommen auf dem Land ein. Die Politik ist als ein zentraler Partner gefordert, gute Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Sie muss dabei ihrem gesetzlich verankerten Auftrag, gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land zu schaffen, gerecht werden. Gemeinsam müssen dauerhafte Lösungen entwickelt werden, um die Herausforderungen des demographischen Wandels zu meistern.

## DASEINSVORSORGE UND INFRASTRUKTUR – NACHHALTIG ANPACKEN, STATT KURZFRISTIG EINSPAREN!

- Statt eines einseitigen Rückbaus der Infrastruktur im ländlichen Raum muss der Umbau favorisiert werden. Bedarfsgerechte Konzepte und gemeindeübergreifende Kooperationen im Bereich der Infrastruktur müssen finanziell gefördert werden.
- Der ländliche Raum muss flächendeckend Zugang zu leistungsfähigem Breitband erhalten.
- Mobilität ist Daseinsvorsorge und muss den Menschen im ländlichen Raum auf Grundlage des Prinzips der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland zur Verfügung stehen und die Belange von Frauen und Familien stärker berücksichtigen.
- Eine qualitativ hochwertige und gut erreichbare ambulante sowie stationäre medizinische Versorgung muss auf dem Land gesichert sein. Hierfür muss die Bundespolitik gemeinsam mit den Ländern und Kommunen den notwendigen Rahmen für verschiedene, aufeinander abgestimmte Maßnahmen schaffen. Nicht nur Hausarztpraxen, sondern auch fachärztliche und fachklinische – darunter besonders auch geburtsmedizinische – Einrichtungen müssen in den ländlichen Räumen wohnortnah zur Verfügung stehen. Freiberufliche Hebammen müssen die notwendigen Voraussetzungen für ihre Berufsausübung erhalten. Dazu gehört insbesondere eine finanzierbare Berufshaftpflichtversicherung.

- Vereinen kommt eine wichtige Funktion im gesamtgesellschaftlichen Präventionskonzept zu. Sie müssen als Anbieter von Präventionsmaßnahmen anerkannt werden.

## (RÜCKKEHR-)PERSPEKTIVEN FÜR JUNGE FRAUEN IM LÄNDLICHEN RAUM SCHAFFEN – ABWANDERUNG VERMEIDEN!

Die Abwanderung von jungen Frauen aus den ländlichen Räumen in der Phase der Ausbildung ist keine neue Erkenntnis. Problematisch wird es erst dann, wenn diese Abwanderung dauerhaft ist. Entscheidungen über das Bleiben, Gehen und Wiederkommen werden vor allem durch unzureichende Rahmenbedingungen geprägt und müssen daher endlich zukunftsfest gestaltet werden. Wir fordern:

- Schaffung neuer Erwerbsfelder für Frauen sowie eine stärkere Ausrichtung der Wirtschaftsförderung auf die gut ausgebildeten jungen Frauen.
- Unternehmensgründungen und auch Betriebsnachfolgen durch Frauen im ländlichen Raum müssen finanziell gefördert und durch konkrete Beratungsangebote gestärkt werden.
- Eine geschlechtergerechte Berufsorientierung und Berufsberatung.
- Frauen müssen ihre Lebensplanung auf dem Land verwirklichen können. Dafür müssen sie das notwendige Maß an Infrastruktur vorfinden.
- Stärkeren Breitbandausbau in unterversorgten Gebieten und somit Schaffung von Home-Office- und Telearbeitsplätzen.
- Erstellung von Rückwanderungskonzepten durch die Kommunen → Rückgewanderte Frauen tragen andere Sichtweisen in die Region. Die noch immer stärker wirkende traditionelle Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen im ländlichen Raum kann aufgebrochen werden.



## FLÜCHTLINGS- UND INTEGRATIONSPOLITIK – NETZWERKE STÄRKEN, FRAUEN SCHÜTZEN, PERSPEKTIVEN ÖFFNEN

- Bei der Unterbringung der Geflüchteten müssen die besonderen Schutzbedürfnisse von Frauen und Kindern berücksichtigt werden.
- Um geflüchteten Kindern zeitnah Zugang zu Kita und Schule zu ermöglichen, müssen die zur Verfügung stehenden Bundesmittel des Betreuungsgeldes für den Mehrbedarf an Personal und Ausstattung eingesetzt werden.
- Teilhabechancen müssen durch einen schnellen Zugang zu Ausbildung und Arbeit forciert werden.
- Unterstützung des Ehrenamtes in der Flüchtlingshilfe - auch in den Verbänden - durch konkrete Weiterbildung und Informationsangebote.

## STUDIE ZUR LEBENS- UND ARBEITSSITUATION VON FRAUEN IN DER STADT UND AUF DEM LAND

Unabhängig vom Wohn- und Arbeitsort müssen alle Frauen die Chance haben, sich selbst zu verwirklichen, ob im Beruf, bei der Familienplanung oder im gesellschaftlichen Engagement.

In der sozialwissenschaftlichen Forschung gibt es bisher kaum Studien, die sich mit den unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen in der Stadt und auf dem Land beschäftigen. Der regionale Bezugsrahmen „ländlicher Raum“ ist nur im Ausnahmefall gegeben und Unterschiede zwischen Stadt und Land sind kaum systematisch erfasst. Politik, Kommunen, Wirtschaft und Verbände benötigen aktuelle und verlässliche Zahlen, um die Situation aller Frauen stärker in den Blick nehmen zu können. Nur so können die ländlichen Regionen zukunftsfest gestaltet werden.

- Der dlv fordert eine bundesweite und differenzierte Studie zur Lebens- und Arbeitssituation von Frauen in der Stadt und Frauen auf dem Land.

## EHRENAMT 4.0 – DIGITALE ZUKUNFT DER VEREINE AUF DEM LAND GESTALTEN

- Der Dialog zum digitalen Wandel muss um die Folgen für das ehrenamtliche Engagement und die Vereinsarbeit in Deutschland erweitert werden.
- Da auf dem Gebiet der Digitalisierung des Ehrenamtes noch viel Pionierarbeit zu leisten ist, braucht es Forschungsarbeit, Modell- und Pilotprojekte sowie maßgeschneiderte Förderprogramme.
- Die Vereine und Verbände benötigen finanzielle und beratende Unterstützung, um den digitalen Transformationsprozess pro-aktiv gestalten zu können.

## FÖRDERSTRUKTUREN MODERNISIEREN, KOMMUNEN FINANZIELL UNTERSTÜTZEN

- Die Kommunen brauchen eine dauerhafte und verlässliche Unterstützung vom Bund. Probleme in Finanzierungsfragen, die der Föderalismus mit sich bringt, müssen überwunden werden.
- Insgesamt sind staatliche Förderrahmen einschließlich des Vergaberechts nicht praxistauglich und stehen innovativen Ansätzen im Wege. Förderpolitik muss sich flexibler an die Bedarfe der Projekte anpassen und nicht umgekehrt. Unbedingt ist in diesem Zusammenhang auch Bürokratie abzubauen.

## EUROPÄISCHE LANDWIRTSCHAFTSFONDS FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS (ELER) GESCHLECHTERGERECHT WEITERENTWICKELN

- LandFrauenorganisationen müssen als „Begünstigte“ eingestuft werden und prinzipiell Zugang zu den Entwicklungsprogrammen erhalten. Haushaltsmittel von LandFrauenorganisationen müssen als Eigenanteil und auch für die Kofinanzierung einsetzbar sein.
- LandFrauen in die Begleitausschüsse (Monitoringausschüsse): Diese müssen bereits in der Phase der Programmplanung arbeiten. Eine frühzeitige und umfassende Beteiligung des dlV und aller Landes-LandFrauenverbände durch Berufung von Vertreterinnen ist erforderlich.

- Ehrenamtlich Tätige benötigen Unterstützung für ihre Arbeit in den Begleitausschüssen und den Leader-Aktionsgruppen in Form von Vergütungen und Qualifizierungen.
- Von der EU-Ebene bis in die Länderebene hinein müssen eigene Förderprogramme für Frauen verankert werden.

